

ASYLFÜRSORGE

Keine Chance gegen die Gemeindelotterie

Seit einigen Monaten erhalten vorläufig aufgenommene Personen im Kanton Zürich nur noch Asylfürsorge statt Sozialhilfe. Ein erster Monitoringbericht zeigt: Bei der Ausgestaltung der Unterstützungsleistungen herrschen Intransparenz und Willkür.

VON NOËMI LANDOLT

A. spricht seine Worte mit Bedacht und Deutlichkeit: «It was the economic killer – es hat uns ökonomisch den Rest gegeben.» Vor fünf Jahren ist der heute circa Fünfzigjährige mit seiner Familie aus Syrien in die Schweiz geflohen. Die Schweiz hatte ihm, seiner Frau und ihren fünf Kindern ein Visum ausgestellt: «Ich werde der Schweiz immer dankbar sein, dass wir nicht den gefährlichen Weg hierher nehmen mussten. Doch wir wussten nicht, dass wir hier einer anderen Art Gefahr ausgesetzt sein würden.»

Familie A.s Asylgesuch wurde abgelehnt; da sie in Syrien jedoch an Leib und Leben bedroht sind, wurden sie «vorläufig aufgenommen». Vor allem Menschen aus Eritrea, Syrien, Afghanistan und Somalia werden vorläufig aufgenommen. Der F-Status bedeutet ein Leben im Provisorium. Ändert sich die Situation im Herkunftsland zum Besseren, müssten diese zurückkehren. Doch die Realität sieht anders aus. Viele bleiben jahrelang hier, manche ihr ganzes Leben. Auch A. sagt: «Wohin sollen wir zurückkehren? Unser Bauernhof wurde zerstört. Das Land ist vermint. Der Status F ist eine Strafe und eine Ungleichbehandlung.»

Als «ökonomischen Killer» bezeichnet A. eine Gesetzesänderung, die am 1. März in Kraft getreten ist. Letzten Herbst hatte die Zürcher Stimmbevölkerung der Änderung des Sozialhilfegesetzes zugestimmt, die besagt, dass vorläufig Aufgenommene künftig nur noch mit Asylfürsorge statt Sozialhilfe unterstützt werden. Das führte dazu, dass A.s Familie der Grundbedarf um dreissig Prozent gekürzt wurde. Heute erhalten sie insgesamt rund 3400 Franken pro Monat. Das muss für A., seine Frau und drei Kinder reichen (die zwei älteren sind bereits volljährig und erhalten ihre Beiträge separat). «Nach Abzug von Miete und Versicherungen bleiben noch etwa 1300 Franken, 260 pro Person. Ausflüge mit Freunden für meine Kinder liegen nicht drin, sie könnten sich ja nicht mal ein Sandwich kaufen, geschweige denn das Busbillet bezahlen.»

Dabei ist Familie A. vergleichsweise gut gestellt. Denn ihre Gemeinde richtet sich nach den Richtlinien der Kantonalen Sozialkommission (Soko). Diese sind jedoch unverbindlich – die Gemeinden haben bei der Ausgestaltung der Asylfürsorge völlig freie Hand. Der Kanton zahlt den Gemeinden eine Pauschale von 36 Franken pro Person und Tag für Lebensunterhalt, Miete und Integrationsmassnahmen. Diese Pauschale deckt die tatsächlichen Kosten jedoch längst nicht. Die Gemeinden entscheiden selbst, ob sie Mehrkosten tragen wollen.

Uneinheitliche Richtlinien

Nun ist ein Bericht erschienen, der einen ersten Überblick über die Asylfürsorge in den Gemeinden bietet. Verfasst hat ihn Map-F, die Monitoring- und Anlaufstelle für vorläufig aufgenommene Personen, die kurz nach der Abstimmung aus dem Nein-Komitee hervorgegangen ist. Map-F hat alle 166 Gemeinden im Kanton angeschrieben, 73 haben geantwortet. Es zeigt sich eine grosse Uneinheitlichkeit.

Gut die Hälfte der befragten Gemeinden hält sich an die Soko-Richtlinien. Andere liegen weit darunter. Besonders negativ sticht Stäfa heraus. Für den Grundbedarf erhielt eine Einzelperson im Kanton Zürich 986 Franken Sozialhilfe, die Soko empfiehlt 690 Franken Asylfürsorge, in Stäfa sind es 410 Franken. Die Gemeinde zieht zusätzlich 50 Franken ab als «Rückstellung für Unvorhergesehenes», faktisch werden also noch 360 Franken ausbezahlt. Eine vierköpfige Familie in Stäfa erhielt früher noch 2110 Franken Sozialhilfe, heute jedoch nur noch 1250 für den Grundbedarf. In Gemeinden, die die Unterbringung von vorläufig Aufgenommenen an die private Asylbetreuungsfirma ORS ausgelagert haben,

gelten die Ansätze der ORS, die konsequent knapp unter den Empfehlungen der Soko liegen. Die ORS zieht noch mal fünf Prozent vom Grundbedarf ab, wenn sie für die Betriebskosten der Unterkunft aufkommt.

Auch für die Mieten fehlt eine einheitliche Regelung. Während in einigen Gemeinden die Richtlinien der Sozialhilfe gelten, definieren andere in jedem Einzelfall, wie hoch die Miete sein darf. «Das führt zu Willkür und Intransparenz», sagt Moritz Wyder, Geschäftsführer von Map-F. Ihm sind auch Gemeinden bekannt, die Menschen zwingen, aus ihren Wohnungen aus- und in Kollektivunterkünfte einzuziehen.

Familie A. lebt zu siebt in einer engen Vierzimmerwohnung an einer viel befahrenen Strasse in einer kleinen Zürcher Gemeinde. Auch fehlt ein Rückzugsort, wo die Kinder in Ruhe Hausaufgaben machen können. «Wir würden gerne umziehen. Doch es ist unmöglich, etwas zu finden. Was wir für die Miete bekommen, liegt dreissig Prozent unter den Marktpreisen.»

Wie der Esel mit der Karotte

Im Abstimmungskampf argumentierten die BefürworterInnen einerseits mit Einsparungen für den Kanton, andererseits, dass sich mit den Leistungssenkungen der Druck erhöhe, das Land zu verlassen oder sich zu integrieren. A. lacht, wenn er das hört. «Wie soll ich motiviert sein, mich zu integrieren, wenn mir immer mehr Hindernisse in den Weg gelegt werden? Mit meinem F-Ausweis kann ich ja nicht einmal ein Handyabo lösen.» Eine seiner Töchter macht eine Lehre als medizinische Praxisassistentin. Ihr Lohn wird ihr vom Grundbedarf abgezogen.

Man sieht A. an, dass er müde ist. «Ich fühle mich wie der Esel mit der Karotte. Um einen besseren Aufenthaltsstatus zu bekommen, müsste ich finanziell unabhängig sein. Um einen Job zu finden, brauche ich aber einen besseren Aufenthaltsstatus. Wir leben in einer Blockade. Der Staat sollte uns helfen, Teil dieser Gesellschaft zu werden, anstatt uns knapp so viel zu geben, dass wir nicht verhungern.»

Spareffekt bleibt aus

So wie Bund und Kantone sind auch Gemeinden verpflichtet, vorläufig Aufgenommene zu integrieren. Der Bund zahlt den Kantonen pro Person eine einmalige Integrationspauschale von 6000 Franken, womit wiederum kantonale Integrationsprogramme finanziert werden. Die Mehrheit der von Map-F befragten Gemeinden bietet keine darüber hinausgehenden Integrationsmassnahmen an. So antwortet etwa die Gemeinde Bubikon, dass «die Integration nur bei vorhandener Motivation geleistet wird», Embrach «entscheidet situativ» und erbringt Leistungen dort, wo sie «sinnvoll sind». Moritz Wyder sagt dazu: «Es ist wie in einer Lotterie. Je nachdem, wo man wohnt, ist man besser oder schlechter gestellt. Das Perfide dabei ist, dass vorläufig Aufgenommene ihren Wohnsitz nicht selbst wählen können.» So bekomme eine vorläufig aufgenommene Person in Zürich mehr als zweieinhalbmal so viel Unterstützung wie in Stäfa.

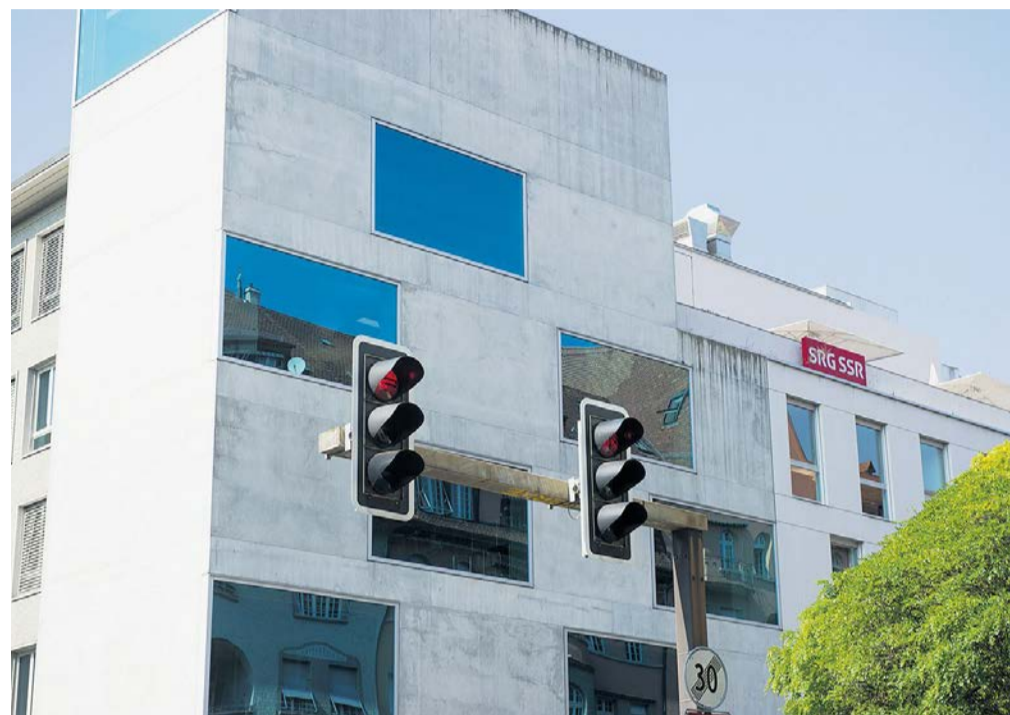
All das steht im Widerspruch zur kürzlich vom Bund verabschiedeten Integrationsagenda, laut der auch die Integrationspauschale auf 18000 Franken verdreifacht werden soll. Der Bund hält auch fest, dass jeder Franken, der in die Integration investiert werde, auf lange Sicht vier Franken im Sozial- und Bildungsbereich spare. «Der im Abstimmungskampf versprochene Spareffekt bleibt aus», sagt Moritz Wyder. «Die Gemeinden haben jetzt schon Mehrausgaben. In absehbarer Zeit werden auch beim Kanton mehr Kosten anfallen. Darunter zu leiden haben aber vor allem die Betroffenen.»

RADIOZUKUNFT

Das kostet der Umzug nach «Bern Ost»

Die Verlagerung der Radioredaktionen von Bern nach Zürich ist politisch umstritten. Ein internes Papier zeigt: Ausgerechnet Chefredaktor Ruedi Matter, der den Umzug forciert, rechnet mit einem hohen Verlust an Know-how.

VON KASPAR SURBER (TEXT) UND FLORIAN BACHMANN (FOTO)



148 JournalistInnen sollen nach Zürich: Radiostudio im Berner Monbijou-Quartier.

Sei es das «Echo der Zeit» oder «Rendez-vous»: Wenn im No-Billag-Abstimmungskampf die Qualität der SRG betont werden musste, waren die Informationssendungen des Radios schnell als Beispiele zur Hand. Seit die SRG-Spitze nach der Abstimmung trotz haushohem Sieg ein Sparprogramm verkündete, herrscht bei den MitarbeiterInnen aber Zweifel: Wie ernst ist es der Geschäftsleitung mit dem Bekennnis zum Journalismus?

Insgesamt will die SRG hundert Millionen Franken einsparen. Mittelfristig sollen 250 Stellen verschwinden. Die Sparmassnahme, die am meisten zu reden gibt, ist aber ein Immobiliengeschäft: der Umzug des Radiostudios von Bern nach Zürich. 148 JournalistInnen, darunter die Redaktionen der Sendungen «Echo der Zeit» und «Rendez-vous», die Wirtschafts- und die Auslandredaktion sowie SRF 4 News sollen künftig in Zürich Leutschenbach arbeiten. Ihre Produktion soll mit dem dort geplanten Newsroom von TV und Online verschrankt werden. In Bern verblieben noch die Bundeshaus- und die Inlandredaktion sowie das «Regionaljournal».

Der Umzug könnte die Betriebskosten um drei Millionen reduzieren. Gemessen am Sparziel von hundert Millionen geht es also um einen kleinen Beitrag. Was als Mietersparnis daher kommt, könnte aber gravierende Auswirkungen haben, auf das Personal wie die Publizistik.

Fünf Millionen für Sozialplan

Darauf aufmerksam machten die Männer, die den Umzug überhaupt erst lanciert hatten: SRF-Chefredaktor Ruedi Matter sowie der technische Direktor Marco Derighetti. Ihr Antrag an die Geschäftsleitung von Ende Mai liegt der WOZ vor. Darin steht, dass bei einem Umzug zwischen zwanzig und dreissig Prozent der Betroffenen das Radio verlassen würden. Eine «überdurchschnittliche Fluktuation» wird aufgrund der Schichtarbeit bei SRF 4 News erwartet, eine «hohe Fluktuation» wegen der Präsenzpflicht beim «Echo der Zeit» sowie beim «Rendez-vous». «Es besteht somit das Risiko des Abwanderns von Know-how beziehungsweise sinkender publizistischer Qualität aufgrund schwindender Motivation.» Vorsorglich reservierten Matter und Derighetti schon einmal fünf Millionen Franken für einen Sozialplan.

Der Zügelplan trägt in Anlehnung an Züri West den etwas verunglückten Titel «Bern Ost». Was im Namen der Rockband ironisches Understatement ist, könnte nun bittere Realität werden: RegionalpolitikerInnen befürchten, dass Bern als Medienplatz zunehmend bedeutungslos wird. Von links bis rechts wehren sich PolitikerInnen gegen die Verlagerung der Arbeitsplätze, von der grünen Präsidentin Regula Rytz bis zu SVP-National-

rat Adrian Amstutz, vor kurzem noch ein glühender No-Billag-Verfechter. Unterstützung kommt sogar aus Zürich: SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr findet, es werde medial schon heute sehr viel aus Zürcher Perspektive berichtet. Diesen Donnerstag lädt die Gruppe Pro Radiostudio Bern, in der sich MitarbeiterInnen zusammengeschlossen haben, zu einer Kundgebung auf dem Bundesplatz ein.

Stimmung auf dem Nullpunkt

Einen beträchtlichen Schaden hat das Projekt bereits innerhalb des Radiostudios angerichtet. Fast die ganze Belegschaft hat einen Brief an den SRG-Verwaltungsrat gegen den Umzug unterschrieben. Die Chefredaktion wiederum befürwortet ihn.

«Unabhängig davon, wo man in der Frage steht, ist die Stimmung sehr schlecht», sagt Tobias Gasser, Produzent beim «Echo der Zeit» und aktiv bei Pro Radiostudio. «Viele im Berner Studio befürchten, dass auch nach einem Umzug weitere Stellen in den Redaktionen abgebaut werden», sagt Gasser. Schliesslich müsse die SRG mittelfristig wohl weitere Stellen einsparen. Publizistisch bedeutet die künftige Zusammenarbeit im Newsroom zudem nur den nächsten Schritt hin zur Konvergenz von Radio und Fernsehen. «Der Binnenpluralismus der SRG ist gefährdet», meint Gasser. Er glaubt auch nicht, dass die Zentralisierung die Innovation fördert. «Jedes Medium hat seine eigene digitale Zukunft, das Radio etwa bei Podcasts.» Die Gruppe Pro Radiostudio hat deshalb über den Sommer einen Vorschlag für ein Audiokompetenzzentrum in Bern entwickelt (siehe WOZ Nr. 32/18).

Lis Borner, die Chefredaktorin des Radios, beschreibt den Entscheid über den Umzug als schwierig: «Wir haben ihn mit blutendem Herzen gefällt.» Doch eine Erhaltung des Status quo gebe es nicht. «Wenn wir nicht umziehen, müssen wir beim Personal sparen, und zwar deftig. Das schadet der Qualität mehr.» Dass auch beim Umzug ein beträchtlicher Teil der MitarbeiterInnen und damit Know-how verloren gehen kann, bestreitet sie nicht. «Doch wir werden alles tun, um die Leute zu halten.» Die Meinungsvielfalt sieht sie wegen der Zusammenlegung von Radio und Fernsehen nicht bedroht. «Wir machen nur mit, wenn unsere Themensetzungen getrennt bleiben.»

Das letzte Wort hat am 18. und 19. September der Verwaltungsrat der SRG. Der definitive Antrag liegt noch nicht vor, wie zwei der VerwaltungsrätInnen, Ursula Gut-Winterberger und Andreas Schefer, bestätigen. Ihren Entscheid wollen sie erst nach dem Studium der Unterlagen treffen. Wo das «Echo der Zeit» künftig gesendet wird, ist also weiterhin offen.

Protestaktion fürs Radio in Bern: Donnerstag, 30. August, 19 Uhr, Bundesplatz. Mehr Infos: www.proradiostudio.be.